



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Preußen nach dem Basler Frieden.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

das Weltbild hervorbringt. Von diesem Sein aber wird man nicht sagen dürfen, es lege den dem Subjekt zukommenden Anteil beim Erkennen in die Organe selbst und in diese allein. Denn auch diese Organe würden ja nur als Vorstellungen in der erregten Seele des Subjekts, nicht aber als Objekte eines von außen kommenden Reizes existieren. Der Verfasser hat sich auch diese Thür verschlossen, indem er in die Organe des Subjekts jeden dem letztern zukommenden Anteil an der Erkenntnis verlegt und (S. 43) die eigentümlichen Energien des Erkenntnisapparates nicht außer ihm, sondern in ihm sucht.

Was also bleibt übrig? Besondere Kräfte beim Eintritt des organischen Lebens (S. 13), besondere Kräfte beim Zustandekommen der Empfindung (S. 73), besondere Kräfte bei der Einordnung der Vorstellungen in logische Formen (S. 73), und so mit Grazie in infinitum. Jeder Versuch, diesen Kräften eine Einheit unterzulegen, wird abgewiesen.

Und das nennt sich Monismus.

Trier.

G. Hartung.



Preußen nach dem Basler Frieden.



Is wir vor kurzem aus dem zweiten Bande von Poschingers „Preußen im Bundestag“ unsern Lesern Mitteilungen machten, stellten wir in Aussicht, demnächst auch noch aus einem andern der zuletzt erschienenen Bände der „Publikationen aus den Kgl. Preussischen Staatsarchiven“ einige Auszüge vorzulegen. Wir wählen dazu den achten Band: Die diplomatische Korrespondenz zwischen Preußen und Frankreich in den Jahren 1795 bis 1807, herausgegeben von Paul Bailen (Leipzig, S. Hirzel).

Auch das in diesem Bande erschlossene neue Material betrifft eine überaus wichtige Epoche. Handelt es sich doch um die Beziehungen Preußens zu Frankreich in der Zeit zwischen dem Basler und dem Tilsiter Frieden und um den Ursprung des großen Krieges, in welchem das alte Preußen unterging, und hat doch dem Sammler ein fast überreiches und zum größern Teile noch unbenutztes Material zur Verfügung gestanden. Denn nicht bloß der Schriftwechsel des preussischen Ministeriums mit der Gesandtschaft in Paris und wichtige und noch unbekannte Aktenstücke aus den Kabinetspapieren Friedrich Wilhelms III., sowie die bezüglichen Dokumente der Archive zu Wien und Weimar lagen ihm vor; da es ihm nicht allein darum zu thun war, die preussische Politik in jener Periode mit ihrem unter allen Umständen verfolgten Streben nach Festhaltung der

Neutralität erkennen zu lassen, sondern auch über die Stelle, an der die Gedanken entsprangen, welche zur Umbildung Deutschlands den Anstoß gegeben haben, befriedigendes historisches Verständnis verbreiten, so gewährte ihm dazu das französische Ministerium des Auswärtigen durch Erlaubnis zum Einblick in seine Akten bereitwillig die Mittel. In diesen Schriftstücken, namentlich in den Denkschriften Talleyrands und seinem Briefwechsel mit Sieyès, dem französischen Gesandten in Berlin, erkennt man deutlich die Keime, aus denen der Krieg von 1806 hervorgegangen ist.

Der Basler Friede hatte im wesentlichen den Zustand Preußens vor dem Kriege wiederhergestellt und weder hier noch in Frankreich Empfindungen übrig gelassen, die einer Rückkehr zu der alten Freundschaft der beiden Staaten im Wege gestanden hätten. Sogar ein Bündnis war für die Zukunft nicht undenkbar, ja es schien den Überlieferungen und den augenblicklichen Interessen beider zu entsprechen. Feindseligkeit gegen die großen Mächte, gutes Einvernehmen mit den kleinern war der Grundgedanke, welcher die französische Politik im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert in der Regel beherrschte, und etwas ähnliches läßt sich von der preußischen unter Friedrich dem Großen sagen, die dessen Nachfolger durch die Teilnahme am Kriege von 1792 aufgegeben hatte. Das preußische Staatsinteresse rechtfertigte dies nicht, und die Ereignisse von 1793 und 1794 ließen es für Preußen unmöglich erscheinen, im Osten gegen Österreich zu agiren und im Westen zu gleicher Zeit für dessen Zwecke die Waffen zu führen; denn hier galt der Kampf noch nicht der Rheingrenze, sondern der Beherrschung Belgiens und Italiens durch Österreich oder Frankreich.

Wenn nun Preußen und Frankreich mit dem Basler Frieden die Bahn betraten, die ihnen ihre Traditionen und Interessen vorzeichneten, so hing das Zusammengehen auf derselben zunächst von der in diesem Frieden nur angeregten, nicht entschiedenen Frage über die Rheingrenze ab. Ein Reichsfriede sollte über das linke Rheinufer entscheiden, und da es damals in Frankreich noch eine angesehenere Partei gab, die keine Eroberung auf Kosten Deutschlands wollte, so war noch Aussicht auf eine die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen fördernde Entscheidung vorhanden. Größere Festigkeit Preußens in Basel hätte auch die Hindeutung auf Abtretungen deutschen Gebietes links vom Rheine vom Friedensvertrage ferngehalten. Was versäumt worden, konnte bei den Verhandlungen über den Reichsfrieden nachgeholt werden, sobald der preußische Staat wieder zu Kräften gekommen war. Preußen mußte durch rechtzeitiges entschiedenes Auftreten gegen französische Annexionen auf dem linken Rheinufer verhindern, daß ein Streitpunkt zwischen den beiden Nationen für die Zukunft geschaffen wurde. Im übrigen gingen die Interessen beider soweit zusammen, daß eine Allianz der richtige Ausdruck dieses Verhältnisses war, und dies wurde von den preußischen wie von den französischen Staatsmännern anerkannt, es handelte sich also nur darum, ob die Preußen bei den Ver-

handlungen über den Reichsfrieden fest und die Franzosen maßvoll genug waren.

Dem Leiter der preußischen Politik, Grafen Haugwitz, fehlte es gänzlich an Festigkeit, er hoffte nur von einer möglichst friedfertigen und nachgiebigen Haltung Preußens einigen Erfolg, und so hatte er der realistischen Politik des Konvents gegenüber für die Behauptung der deutschen Gebiete auf dem linken Rheinufer nur freundschaftliche Vorstellungen ohne Nachdruck. Wenn nur eine Demarkationslinie den Krieg von den Grenzen Preußens fernhielt, so war er im übrigen zu Zugeständnissen bereit. Er dachte mehr an das preußische als an das deutsche Interesse, und für jenes war der Besitz der Weichsel wichtiger als der des Rheines. Anders Hardenberg, der in Preußen zunächst den deutschen Staat, den natürlichen Hüter des Reiches im Westen erblickte, und der bei den Verhandlungen mit Frankreich, das seiner Meinung nach dringend des Friedens bedurfte, bestimmter auftrat, als man es in Berlin wünschte. Er hatte damit bereits in Basel günstigere Friedensbedingungen erreicht, als Haugwitz erwartet hatte, und jetzt gelang es ihm, die dort stipulierte Demarkationslinie in einem besondern Vertrage sicherer zu ziehen und sie so zu gestalten, daß die kriegsführenden Mächte rechts vom Rhein und Main sich möglichst frei bewegen konnten. Das war aber sein letzter Erfolg: weder die von ihm versuchte Neutralisation von Mainz noch eine Zusicherung wegen Herstellung der alten Grenzen jenseits des Rheins ließ sich bei der französischen Regierung durchsetzen.

Auch beim deutschen Reiche erlangte Preußen nicht, was es erstrebte. Es hatte sich hier nach Auswechslung der Basler Ratifikationen bestrebt, die verschiedenen Glieder des Reiches zu gemeinsamen Schritten in der Richtung des Friedens zu gewinnen, und da das Bedürfnis desselben klar zu Tage lag, gehofft, in dem Konklusum eine ausdrückliche Anrufung der preußischen Verwendung für einen Frieden zu finden. Aber trotz aller Hinneigung einzelner Reichsstände überwog das alte Ansehen Österreichs, und die Rolle des Friedensstifters wurde Preußen nicht zu Teil. Das Konklusum vom 3. Juli 1795 gab zwar der in Deutschland herrschenden Friedenssehnsucht Ausdruck, übertrug aber dem Kaiser die thatsächliche Einleitung der Verhandlungen und wünschte von Preußen nur „beihilfliche Mitwirkung.“ Haugwitz und Hardenberg sahen den Mißerfolg, der darin für Preußen lag, nicht so deutlich als Alvensleben und Zucchesini, sie fühlten zwar, daß dadurch die preußische Politik lahmgelegt wurde, daß von einer Initiative des Kaisers wenig zu erwarten, und daß eine Erhaltung der alten Reichsgrenzen fast aussichtslos war, aber, selbst von den besten Absichten beseelt, glaubten sie, daß schließlich auch Österreich und Frankreich zu einer ernstlichen Friedensunterhandlung die Hand bieten würden.

Dieser Annahme entsprachen die Weisungen, die Hardenberg von Berlin mit nach Basel nahm, als er zur Fortsetzung des Friedensgeschäfts im Juli dahin zurückreiste. Auf Grund derselben überreichte er dem französischen Unter-

händler eine Note, in der er unter Hinweis auf das Reichskonkordat die guten Dienste Preußens für einen Frieden mit dem deutschen Reiche anbot und den Abschluß eines Waffenstillstandes beantragte. Das erstere wurde für die Zeit angenommen, wo das Reich wirklich Unterhandlungen angeknüpft habe, der Waffenstillstand dagegen wurde mit dem Bemerkten abgelehnt, ein solcher werde den Friedensschluß nur verzögern. Hardenberg begriff jetzt, daß es allein von Österreich abhing, ob und wann Preußen seine guten Dienste werde irgendwo anbringen können, und so bat er Haugwitz inständig, sich durch eine Zusammenkunft mit Thugut in Wien zu verständigen; gleichzeitig aber suchte er die preußische Vermittlung für Hessen-Kassel, Baden und andre Reichsstände zur Geltung zu bringen, was Österreich empfindlich verletzen mußte. In Berlin aber faßte man die Lage der Dinge diesmal richtiger auf und kam endlich zu dem Entschlusse, auf die preußische Verwendung für das Reich oder für einzelne Stände desselben zu verzichten und der Sache ihren Lauf zu lassen.

Indem Haugwitz hiermit das Ziel aufgab, das ihm bei Abschluß des Basler Friedens vorgeschwebt hatte, wurde auch dieser Friede selbst, dessen Sicherheit die Demarkationslinie verbürgen sollte, durch Verletzungen der letzteren, die im September von seiten der Franzosen unter Jourdan wie von seiten der Österreicher unter Clerfaut vorkamen, ernstlich gefährdet. Hohenlohe, der Befehlshaber der am Mittel- und Niederrhein stehenden preußischen Truppen, bemühte sich vergeblich, bei Jourdan und Clerfaut Anerkennung der Linie zu erwirken. Hardenberg war der Meinung, daß nur durch nachdrückliches Auftreten und eine „ferme Sprache“ das Ansehen Preußens bei den deutschen Ständen und bei Frankreich aufrecht erhalten werden könne. In Berlin aber dachte man nicht so, sondern hielt im Hinblick auf die polnischen Verhältnisse ein neues Zurückweichen im Westen für notwendig. Demzufolge erteilte der König Hohenlohe den Befehl, die Gegend von Frankfurt zu räumen und sich auf Ansbach zurückzuziehen, und Hardenberg mußte Barthélemy erklären, Preußen werde fortan nur noch an der zum Schutze Westfalens gezogenen Demarkationslinie festhalten.

Preußen war also mit dem Versuche, deutsche Reichspolitik zu treiben, teils an Verhältnissen, die nicht im Machtbereich seiner Politik lagen, teils und noch mehr an der Schwäche des Grafen Haugwitz gescheitert. Es hatte in Basel Frieden mit Frankreich geschlossen, nicht um sich vom Reiche zu trennen, sondern in dem Wunsche, demselben Anstoß und Möglichkeit zu einem baldigen Frieden zu schaffen. Aber die Dinge hatten sich anders entwickelt. Österreich, zur Zeit der Einleitung der preußischen Unterhandlungen selbst dem Frieden nicht abgeneigt, hatte sich mit England und Rußland zur Fortsetzung des Krieges verbunden. Das deutsche Reich hatte sich, obwohl es eingeständnermaßen Frieden bedurfte, von neuem in die kriegerischen Strömungen der österreichischen Politik hineinziehen lassen. Frankreich endlich, das einer maßvollen Politik gewonnen schien, war seit dem 5. Oktober wieder der Herrschaft erobernder Tendenzen ver-

fallen. Preußen aber hatte dem allem zwar nicht unthätig, aber unentschlossen zugeesehen und schließlich den Frieden selbst durch Preisgebung der verabredeten Demarkationslinie gefährdet. Es ist das nicht unsre eigne Anschauung, sondern die, welche die in unserm Werke mitgetheilten Briefe preußischer Staatsmänner und Generale aussprechen.

So mußte man sich preußischerseits zu entscheidenden Entschlüssen für ein neues politisches System aufraffen. Die Abmachungen von Basel mußten einer festeren Regelung der Beziehungen Preußens zu Frankreich Platz machen. Das Reich hatte sich geweigert, Preußen zu folgen, und damit war eine Verteidigung der deutschen Interessen in Gemeinschaft mit dem Reiche, die man auch in Basel im Auge gehabt hatte, vor der Hand unmöglich geworden. Es galt nun die Kräfte des Staates allein zum Schutze der preußischen Interessen zusammenzuhalten.

Mit diesem Wechsel der preußischen Politik traf es zusammen, daß durch die formelle Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich die bisher in Basel geführten Verhandlungen in andre Hände übergingen. Frankreich schickte Caillard als Gesandten nach Berlin, den man hier anfangs mit Mißtrauen ansah, der aber nach den Berichten, die er nach Paris erstattete, ein maßvoller und wohlwollender Charakter war, und dem es infolge dessen bald gelang, sich Vertrauen bei Hofe und den Ministern zu erwerben. Seine Instruktionen, in denen der Anschluß Preußens an das französische Allianzsystem in Aussicht genommen war, die Rheingrenze nicht unbedingt beansprucht wurde und die Vereinigung der deutschen Fürsten um Preußen als mit dem französischen Interesse vereinbar anerkannt war, ließen eine Verständigung nicht unerreichbar erscheinen. Etwas später als Caillard in Berlin traf der preußische Gesandte Sandoz-Rollin in Paris ein (15. Dezember 1795). Sein Auftrag ging vor allem dahin, die französische Regierung zum Verzicht auf das linke Rheinufer zu bestimmen und, falls dies unerreichbar wäre, eine möglichst vorteilhafte Entschädigung Preußens zu erwirken, sodann aber die Demarkation und Neutralität Norddeutschlands unantastbarer als bisher festzustellen. In letzterer Beziehung begegnete er einer Ablehnung, bei welcher als Hauptgrund die Absicht einer Besetzung Hannovers durch französische Truppen hervortrat. Die Nachricht hiervon traf in Berlin zu einer Zeit ein, wo Rußland und England sich dort bemühten, Preußen zu Feindseligkeiten gegen Frankreich fortzureißen, und wo Hardenberg und Hohenlohe dies unterstützten, indem jener wenigstens entschiedenes Auftreten, dieser aber geradezu Erhebung der Waffen empfahl. Aber weder der immer zaghafte und unschlüssige König, noch Haugwitz und Bischoffswerder waren für Anschluß an die Koalition Österreichs, Englands und Rußlands. Sie begnügten sich mit der Erklärung, daß Preußen in einem Angriffe auf Hannover einen Friedensbruch sehen würde, und mit einem Aufruf an die vornehmsten Stände Norddeutschlands, sich zum Schutze ihrer

bedrohten Neutralität zu verbünden. Sachsen lehnte ab, Kurköln zeigte sich mißtrauisch, Hannover wurde nach einigem Widerstreben gewonnen, einige kleinere Staaten schlossen sich an, und Preußen zog bei Minden Truppen zusammen. Diese entschlossene Haltung Preußens verfehlte ihre Wirkung umsoweniger, als man in Paris von der Agitation für den Wiedereintritt Preußens in die Koalition unterrichtet war und Caillard wiederholt empfohlen hatte, auf die preussischen Wünsche einzugehen. Die französische Regierung entschloß sich dazu, gedachte aber damit ein festeres Heranziehen Preußens an ihr eignes System zu verbinden: sie schlug zwei Verträge vor, deren erster die Anerkennung der Neutralität Norddeutschlands und deren zweiter die Abtretung des linken Rheinufers gegen Entschädigung für Preußen festsetzen sollte. Der letztere begegnete in Berlin anfänglich lebhaftem Widerspruch, aber im Hinblick auf die Siege Frankreichs in Italien, wo Sardinien einen Waffenstillstand abgeschlossen hatte und Österreich diesem Beispiele folgen konnte, und auf die Gefahr, daß der Kampf dann Norddeutschland allein ergreifen würde, kam man sich allmählich näher, und am 16. Juli 1796 wurden beide Verträge abgeschlossen. Frankreich erkannte die Neutralität Norddeutschlands an, Preußen verzichtete auf allen Widerstand gegen die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich und empfing dafür das Versprechen, mit Münster und Mecklinghausen dafür entschädigt zu werden. Diese Verträge bezeichnen den höchsten Grad von Einverständnis, zu dem beide Staaten seit den Tagen vor dem siebenjährigen Kriege je gelangt sind. Preußen hatte, über den Basler Frieden hinausgehend, die Abtretung des linksrheinischen Deutschlands genehmigt, aber entschieden an der Unverletzlichkeit der Neutralität Norddeutschlands festgehalten, weil diese ein preussisches Interesse einschloß. Preußen, so schien es, blieb Preußen, auch wenn Deutschland links vom Rheine mit der französischen Republik vereinigt wurde, aber seine staatliche Existenz wurde in Frage gestellt, wenn die von seinem Gebiete umschlossenen deutschen Staaten von den Franzosen besetzt oder auch nur seinem Einflusse politisch entzogen wurden. Hielten beide Teile an den in den Verträgen vom Juli 1796 niedergelegten Anschauungen ehrlich fest, so war ein friedliches Nebeneinanderbestehen derselben nicht unmöglich. Preußen hätte an dem Abkommen, das ihm reichliche Entschädigung und eine Hegemonie über Norddeutschland versprach, gewiß nicht sobald gerüttelt, und so hing alles davon ab, wie Frankreich sich in die seiner Eroberungslust durch den Vertrag gezogenen Grenzen fand.

Tendenz der französischen Politik bei der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse war es, Preußen und Österreich soweit wie möglich von der französischen Grenze fernzuhalten. Bei den Verhandlungen über die erwähnten Verträge hatte man von seiten Frankreichs vorausgesetzt, Preußen werde Münster einst gegen Mecklenburg eintauschen, und wenn eine dahinzielende Bestimmung in den betreffenden Vertrag nicht aufgenommen wurde, weil sie dessen Abschluß verzögert hätte, so kam man nach demselben darauf zurück, und Caillard be-

hauptet, Hanguitz habe sich geneigt erwiesen und das preußische Ministerium habe daran gedacht, sich der jenseits der Weser gelegenen Gebiete überhaupt zu entledigen. In den Schriftstücken preußischen Ursprungs findet sich nichts der Art, unbestreitbar aber ist, daß die französische Politik darnach trachtete, Preußen möglichst weit vom Rheine zu verdrängen und den territorialen Zustand Norddeutschlands im Interesse Frankreichs umzubilden. Sodann aber bestrebte sich dieselbe nach wie vor, Preußen in den Dienst der französischen Interessen zu ziehen und es zunächst zur Teilnahme am Kriege gegen Österreich zu bewegen. Selbstverständlich stieß dies in Berlin auf Abneigung. In Paris suchte man eine Allianz mit Preußen, um einen vorteilhaften Frieden mit Österreich erkämpfen zu können, in Berlin wollte man Frieden und Freundschaft mit Frankreich, um den erlangten Frieden ungestört genießen zu können.

Wiederholt machte die französische Regierung Versuche in der angedeuteten Richtung. So, als der Tod der Kaiserin Katharina Österreich der Hoffnung auf russische Hilfe beraubt, für Frankreich die Möglichkeit eines Ausgleichs mit Rußland näher gerückt und Preußen durch die Freundschaft des neuen Zaren eine erhöhte politische Bedeutung verliehen hatte. So, als im April 1797 den Franzosen einige diplomatische Korrespondenzen in die Hände gefallen waren, welche feindselige Gesinnungen Österreichs und Rußlands gegen Preußen bewiesen. Aber obwohl die französischen Agenten dabei andeuteten, Frankreich wolle nicht mehr unbedingt auf Abtretung des linken Rheinufers bestehen, ließ Preußen sich zu keinem Schritte bewegen, der über die Grenzen der Neutralität hinausführen konnte. Auch der Verlauf des Kongresses, der zu Rastatt zur Vereinbarung eines Reichsfriedens zusammentrat, führte keineswegs zu einer Annäherung Preußens an Frankreich. Ersteres äußerte trotz des Vertrags vom Juli 1796 den Wunsch, daß letzteres seine Ansprüche auf das linke Rheinufer möglichst herabsetze, trat die eignen Besitzungen jenseits des Rheins nicht ausdrücklich ab und weigerte sich, die dafür vereinbarte Entschädigung einfach in Besitz zu nehmen. Dagegen wurde mit wachsender Entschiedenheit in Paris verlangt, Frankreich möge seine Truppen vom rechten Rheinufer zurückziehen. Preußen erwies sich eben als noch durch sehr viele Fäden mit dem deutschen Reiche verknüpft, und es entsprach diesem Verhältnisse, wenn im Frühjahr 1798 wieder ein Versuch gemacht wurde, sich mit Österreich über die deutschen Fragen zu verständigen. Dem gegenüber ließ es das Direktorium in Paris nicht an Anstrengungen fehlen, Preußen bei dem französischen Systeme festzuhalten, und als eifrige Verhandlungen zwischen England, Rußland und Österreich eine neue Koalition erwarten ließen, der auch Preußen nicht fernzustehen schien, wurde Caillard am 22. April zu einem neuen Versuche bevollmächtigt, ein förmliches Bündnis mit Preußen zustande zu bringen. Er entsprach dem Auftrage, machte dabei geltend, daß eine solche Allianz Glück und Frieden für Preußen, ja für ganz Europa bedeuten werde, und fügte hinzu, daß eine abermalige Ablehnung seiner Anträge

das Direktorium nötigen werde, bei seinen ferneren politischen Kombinationen Preußen nicht mehr zu berücksichtigen. Mitte Mai kam es hierüber in Berlin und Potsdam zu Beratungen, bei denen Alvensleben sich für die französische Allianz aussprach, da namentlich die preußische Armee nicht in der Verfassung sei, der französischen erfolgreich Widerstand zu leisten; Haugwitz aber, der im Hinblick darauf, daß Preußen sich sichtlich von seinen Verlusten während der Kriegsjahre erholt hatte und im Verein mit den norddeutschen Mittelstaaten politisch kräftiger dastand als zur Zeit des Basler Friedens, ferner aber in Erwägung der wiederholten Bedrohung Norddeutschlands, des schwankenden Verhaltens des Direktoriums und der Ausbreitung der Revolution über Italien und die Schweiz zu der Überzeugung gelangt war, daß mit der französischen Republik, wie sie damals war, auf die Dauer keine Freundschaft zu halten sein werde, bewog, unterstützt vom Herzog von Braunschweig, den König, Caillauds Antrag zurückzuweisen, und eröffnete letzterm, so lange noch eine Streitfrage zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche unerledigt bleibe, sei ein Einvernehmen mit dem deutschen Staate Preußen unmöglich.

In der Besorgnis, daß nun die Franzosen sich zu einer Verletzung der norddeutschen Neutralität hinreißen lassen würden, gab der König dem Herzoge von Braunschweig Vollmacht, einem solchen Unternehmen ohne weitere Anfrage mit den Waffen entgegenzutreten. In Frankreich aber war man von Feindseligkeiten gegen Preußen damals weit entfernt. Im Gegenteil, man empfand in Anbetracht dessen, daß die europäische Lage sich für Frankreich inzwischen wesentlich ungünstiger gestaltet hatte, und daß Bonaparte im Begriff war, mit dem besten Heere der Republik nach Ägypten und vielleicht weiter zu gehen, lebhafter denn je das Bedürfnis einer Verständigung mit Preußen, und da Caillaud zu diesem Zwecke zu maßvoll und zu wenig energisch erschien, beauftragte man mit den betreffenden Verhandlungen den Abbé Sieyès. Die Instruktion, die derselbe nach Berlin mitnahm, war nicht ungeschickt auf die Bedürfnisse des preußischen Staats berechnet. Sie wies nach, daß Preußen nur von einem Bündnisse mit Frankreich Frieden und Vergrößerung zu hoffen, von Österreich aber nichts zu erwarten habe. Alles, was man in Berlin wünsche, lasse sich ohne Krieg, durch die bloße Thatsache der Allianz erreichen; denn derselben würden sich sofort Holland, die Schweiz, Schweden, Dänemark, Spanien, die italienischen Republiken und ein großer Teil der deutschen Reichsstände anschließen, und welcher Staat würde sich dem Willen dieses Bundes zu widersetzen wagen? Das war, wie gesagt, nicht ungeschickt gerechnet, aber Sieyès war mit seinem harten, schneidenden Wesen, seiner selbstbewußten Starrheit und seiner Ansicht, daß „die Furcht das wahre Aktionsprinzip zwischen Regierungen“ sei, nicht der Mann, mit Erfolg zu unterhandeln. Nachdem er am 22. Juni 1798 in Berlin eingetroffen war, hatte er mehrere Besprechungen mit dem Könige, mit dessen Generaladjutanten von Bastrow, der sich zugänglich und freundschaft-

lich zeigte, dann mit Haugwitz, der vor allen Dingen Nachgiebigkeit in Rastatt und Abschluß des Friedens mit dem Reiche verlangte, zuletzt wieder mit Zastrow, erreichte aber trotzdem, daß er auch mit Drohungen vorging, nur, daß der König seine Vermittlung zwischen Frankreich und Österreich anbot, welchen Schritt Sieyes seiner Regierung als abgeschmackt und hinterlistig bezeichnete.

In Paris war man über den langsamen Gang der Dinge in Berlin ungeduldig geworden, und so wurde dem Gesandten am 24. Juli geschrieben, Preußen möge sich endlich entschließen, ein aufrichtiger Bundesgenosse der Republik zu werden, sonst werde Frankreich wissen, ohne Preußen zum Ziele zu kommen. Mit diesem dringenden Verlangen nach Verständigung fiel zusammen, daß sich damals in der französischen Politik eine Wendung im Sinne eines gemäßigteren Systems vollzog. Talleyrand war der Überzeugung, daß Frankreich zu seiner inneren Befestigung des Friedens bedürfe, er wollte keine Einmischung in die Verhältnisse Italiens und befürwortete Zugeständnisse an Deutschland, die den von Preußen lebhaft unterstützten Forderungen der deutschen Friedensdeputation entsprachen. Er war ein Anhänger der Allianz mit Preußen wie Caillard, aber auch er gedachte das norddeutsche Gemeinwesen, das sich damals unter Preußens Leitung zu bilden anfang, für die Zwecke der französischen Republik zu benutzen. Er richtete an das Berliner Kabinet die Forderung, im Verein mit Österreich zu erklären, daß beide Mächte auf Entschädigung innerhalb des Reiches verzichteten, und zugleich ließ er für den Reichsfrieden vorschlagen, daß nur die weltlichen Fürsten entschädigt werden sollten, endlich aber kam er auf den Gedanken, auch den Gebietsstand der italienischen Staaten durch einen Garantievertrag mit Preußen, Spanien und der Schweiz gegen das Streben Österreichs nach Gebietsverweiterung zu sichern. Sieyes war damit nicht einverstanden, er mißbilligte die Zurückhaltung, die Talleyrand für Italien empfahl, war gegen alle Zugeständnisse in Deutschland, hielt als revolutionärer Doktrinär Frankreich für mächtig genug, für die Ausbreitung des „repräsentativen Systems,“ d. h. der Republik, den Kampf mit der ganzen Welt aufzunehmen, wollte in Preußen durchaus nicht den natürlichen Verbündeten Frankreichs erblicken und führte infolge dessen die Unterhandlungen mit dem preußischen Ministerium so, daß der König die unter der Hülle eines Garantievertrags für Deutschland und Italien angetragene Allianz gegen Österreich ablehnte.

Daraufhin brachen die Franzosen die Unterhandlungen mit Preußen im Oktober 1798 überhaupt ab und suchten in den deutschen Mittelstaaten den Bundesgenossen gegen Österreich, zu dem sich Preußen nicht hergeben wollte. Sieyes sprach es zuerst aus: Preußen darf die Küstenländer zwischen Weser und Elbe nicht mehr durch seinen Einfluß beherrschen, es muß hinter die Elbe verwiesen werden; man kann es durch dynastische Verbindung mit dem wiederherzustellenden Polen entschädigen und so durch möglichste Abschwächung seines deutschen Charakters zu einer Allianz mit Frankreich geeigneter machen. Was

dann nach Hinausdrängung Preußens und Österreichs von Deutschland noch übrig blieb, sollte in einem nördlichen und einem südlichen Bunde vereinigt werden, von denen jener Preußen feindliche Verührungen mit Frankreich wie freundschaftliche Verbindungen mit England unmöglich zu machen, dieser Frankreich von Österreich zu trennen bestimmt war. Indem die französischen Politiker diese Gedanken adoptirten, war der Krieg gegen Preußen diplomatisch bereits eröffnet. Deutschland in einen österreichischen, einen preußischen Teil, einen Nord- und einen Südbund der Kleinstaaten zerschnitten, die sich gegenseitig lahm legten, Preußen durch die Verbindung mit Polen von Rußland geschieden, Österreich im Süden vom süddeutschen Bunde, den helvetischen und den italienischen Republiken, im Norden von Preußen-Polen in Schranken gehalten, England vom Festland ausgeschlossen, überall Trennung, Eifersucht und Feindseligkeit und daneben ein straff zusammengefaßtes, durch die Rheinlande, Belgien und Savoyen vergrößertes Frankreich — das war die Lage Europas, auf welche die französischen Politiker vom Herbst 1798 an hinarbeiteten.

Versuche, den Landgrafen von Hessen zu bewegen, sich unter französischem Schutze an die Spitze eines Bundes norddeutscher Fürsten zu stellen, schlugen fehl. Bessere Aussichten eröffneten sich den Franzosen in Baiern, als der Kurfürst Karl Theodor am 16. Februar 1799 starb und dessen Nachfolger Maximilian Josef dem französischen Geschäftsträger Alquier wenige Tage nach seinem Regierungsantritte eröffnete, Frankreich besitze keinen bessern Freund als ihn, ja er fühle sich ganz als Franzose. Indes war diese Freude von kurzer Dauer: schon am 11. März mußte Alquier vor den heranziehenden Österreichern nach Straßburg flüchten, bald darauf war Erzherzog Karl Herr von ganz Deutschland, und so mußte der Plan eines Rheinbundes auf günstigere Zeiten verschoben werden.

Haugwitz war inzwischen Frankreich immer abgeneigter geworden. Frankreich war auf seine Vorschläge nie ernstlich eingegangen, und er hatte aus der Erfahrung die Überzeugung gewonnen, daß die revolutionäre Bewegung früher oder später auch Norddeutschland überfluten werde, wenn Preußen sich nicht mit andern Mächten zur Eindämmung der Macht Frankreichs verbände. Wiederholt hatte er deshalb unter russischer Vermittlung mit Österreich unterhandelt, und im Oktober 1798 hatte man sich dahin geeinigt, daß bei dem nahe bevorstehenden Kampfe Österreich den Süden, Preußen den Norden Deutschlands gegen Frankreich schützen solle. Wichtiger war der Antrag, der um die Mitte des Januar 1799 von russischer und englischer Seite an König Friedrich Wilhelm gelangte, mit diesen Mächten einen Versuch zur Befreiung Hollands und Brabant zu unternehmen. Haugwitz nahm sich desselben mit Eifer an, indem er dem König in lebhaften Farben die Gefahren schilderte, mit denen Frankreich, der gewaltige Feind aller sozialen Ordnung, Europa und namentlich Preußen bedrohe. Der Herzog von Braunschweig pflichtete ihm bei, desgleichen der

Minister Graf Finckenstein, nur Alvensleben beharrte noch bei einer gewissen Hineigung zu Frankreich. Der König aber sah den Frieden als höchstes Gut der Welt an, er wollte nichts von einem Unternehmen wissen, das zum Kriege mit den Franzosen führen mußte, er wünschte, sich nur für den Fall, daß diese ihn angriffen, mit den andern Mächten zu verständigen. So führten die englisch-russischen Anträge zu nichts, und als dieselben im Mai, wo der Krieg in Italien und Süddeutschland wieder ausgebrochen war, erneuert wurden, und Haugwitz sie wieder warm zur Annahme empfahl, lehnte sie der König, durch den Generaladjutanten Köckritz und den Geh. Kabinettssekretär Lombard in seiner friedensföhligen Gesinnung bestärkt, abermals ab und genehmigte die Fortsetzung der Verhandlungen nur zu dem Zwecke, mit England und Rußland einen Garantievertrag und ein Übereinkommen für den Frieden zustande zu bringen. Umsonst machten die Minister neue Vorstellungen, indem sie hervorhoben, daß Preußen nach dem Abbruche des Kongresses in Rastatt und bei der unabsehbaren Dauer des Krieges seine linksrheinischen Lande nicht länger in der Gewalt der Franzosen lassen dürfe, sondern sie, nötigenfalls mit den Waffen in der Hand, zurückfordern müsse. Da aber ein Angriff auf das Gebiet links vom Niederrhein notwendig zu einem Angriff auf Holland führte, so erbaten sie sich Vollmacht zu neuen Verhandlungen mit Rußland und England. Auch dieser Versuch, den König umzustimmen, blieb erfolglos. Später, am 2. Juni, genehmigte derselbe zwar auf einer Reise in Westfalen (in Petershagen) die militärische Mitwirkung Preußens zur Befreiung Hollands, sobald die Verbündeten die bei Abschluß des Friedens von Campo Formio von ihnen innegehabten Stellungen am Rhein und Main wieder eingenommen hätten, aber eine formelle Vollmacht zu neuen Unterhandlungen mit Rußland und England war von ihm nicht zu erlangen.

Als der unermüdliche Haugwitz, nachdem Suwaroffs Siege in Italien Preußens Teilnahme am Kriege weniger bedenklich und eine Verständigung mit der Koalition gegen Frankreich dringender gemacht hatte, mit dem englischen Gesandten Grenville einen Vertrag formulirte, der auf den von ihm in Petershagen vorgetragenen Gedanken beruhte, äußerte sich der König zustimmend, aber wieder weigerte er sich, dem Minister die nötige schriftliche Vollmacht zu geben, und endlich wies er Haugwitz an, keinerlei bindende Verpflichtungen gegen die Koalition zu übernehmen; dagegen befahl er ihm, Frankreich um freiwillige Räumung Hollands und der linksrheinischen Lande Preußens anzugehen. Am 20. Juli sprach Haugwitz gegen den französischen Geschäftsträger den Wunsch aus, die Republik möge den Holländern ihre Unabhängigkeit zurückgeben, sonst sei ein Einverständnis zwischen Preußen und Frankreich unmöglich, und um Holland die Freiheit sicherstellen zu können, müsse Preußen auch auf Herausgabe seiner Gebiete links vom Rheine bestehen. Ähnlich äußerte sich Bastrow, der indeß hinzufügte, auf die linksrheinischen Gebiete lege der König weniger Gewicht. In Paris wies man das Verlangen Preußens in Betreff Hollands

mit dem Bemerken ab, letzteres erfreue sich bereits voller Unabhängigkeit, und über das linksrheinische Land erklärte man sich überhaupt nicht. Jetzt schien man in Berlin einige Energie zeigen zu wollen. Haugwitz erklärte dem französischen Geschäftsträger, der König werde in Paris durch seinen Gesandten seine Forderung wiederholen und inzwischen seine Truppen an den Rhein vorrücken lassen. Indes machte dies in Paris wenig Eindruck; denn man kannte die Zaghaftigkeit und den Wankelmuth des Königs und den Zwiespalt seiner Anschauungen und der Haugwitzschen Politik. Einen Augenblick (im September) schien es zwar, als wolle man den Forderungen Preußens wenigstens durch Wiederherstellung der preußischen Verwaltung im Cleveschen gerecht werden. Da aber strömten von allen Seiten Siegesnachrichten herbei: bei Zürich hatte Massena das russische Heer zertrümmert, und in Holland hatten die Allirten vor Brune sich zurückziehen müssen. Die Einwirkung dieser Nachrichten auf die preußische Politik war durchschlagend, von einer Verwendung für Holland war nicht mehr die Rede, und Haugwitz zog sich wieder ganz auf das System vollständiger Neutralität zurück, das er von 1795 bis 1798 verfolgt hatte. Bald aber traten Ereignisse ein, die ihn sogar zu einer Wiederannäherung an die Republik veranlaßten.

Am 9. November bemächtigte sich Bonaparte durch einen Staatsstreich der Regierung in Paris, und der Hof und das Ministerium in Berlin empfanden diesen Umschwung mit Genugthuung, man hoffte, daß sich jetzt in Frankreich, das man im stillen stets als natürlichen Verbündeten angesehen und nur in seinem revolutionären Regiment gehaßt und gefürchtet hatte, eine Regierung bilden werde, mit der sich ein freundliches Einvernehmen herstellen lasse. Das Anwachsen der Macht Oesterreichs, das sich in Süddeutschland und Italien behauptete, und von dem man nichts gutes zu hoffen hatte, war lästig geworden. Kaiser Paul hatte sich von der Koalition zurückgezogen, und Preußen konnte seine alten freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland wieder aufnehmen, ohne seine Neutralität in dem noch immer fortdauernden Kriege aufgeben zu müssen. Es konnte dem Wunsche Talleyrands nach einer Vermittlung zwischen Rußland und Frankreich willfahren und that dies. Als man darauf aber französischerseits bewaffnete Vermittlung den Oesterreichern gegenüber beanspruchte, wollte man in Berlin davon nichts hören; jedenfalls erbat man sich zunächst Angaben über die Bedingungen, unter denen sich Frankreich zu einem Frieden verstehen wolle. Der erste Konsul selbst antwortete auf diese Frage, daß er an der Erwerbung Belgiens und des linken Rheinufers festhalte, aber auf alle Ansprüche verzichte, die das Direktorium auch auf das rechte erhoben. Dafür forderte er von Preußen energisches Auftreten gegen Oesterreich. Haugwitz fand diese Erklärungen Napoleons unvollständig und hinterlistig und sagte dem neuen französischen Gesandten Beurnonville, es sei unmöglich für Preußen, die Rheingrenze als Friedensgrundlage vorzuschlagen. Gleichwohl ließ man dem ersten Konsul

wiederholt versichern, daß man im Vereine mit Rußland vermittelnd auftreten wolle, wofern Frankreich sich zu maßvollern Friedensbedingungen bequemen wolle.

In eine neue Entwicklungsphase traten die Verhandlungen zwischen Frankreich und Preußen erst, als durch den Sieg bei Marengo Frankreich wieder oben auf gekommen war. Am 30. Juni 1800 schon bot Friedrich Wilhelm dem ersten Konsul abermals seine Vermittlung für einen Frieden an, wobei er andeuten ließ, daß er bei seinen Bestrebungen auf den Kaiser von Rußland rechnen könne. In Paris zeigte man nur geringe Neigung, auf dieses Anerbieten einzugehen. Man tadelte bitter die Politik der unbedingten Neutralität und versprach sich von einer preußischen Vermittlung gegenüber den Österreichern umso weniger, als deren Widerstand bei Marengo gebrochen schien und dieselben schon in Paris über den Frieden unterhandelten. Dagegen konnte Preußen den Weg zur Verständigung mit Rußland weiter bahnen, dessen man gegen England bedurfte, und so dankte man nach dieser Richtung für den guten Willen Preußens und bat dringend, dasselbe wolle sich für eine Aussöhnung zwischen Frankreich und Rußland verwenden. Das entsprach aber auch vollständig den Gesinnungen und Wünschen Friedrich Wilhelms, dem daran lag, sein politisches System auf die freundschaftlichen Beziehungen zu den miteinander ausgesöhnten großen Nachbarstaaten zu begründen. Auf seine Anregung kam es im Herbst des Jahres 1800 zwischen Rußland und Frankreich zu Verhandlungen, die für die allgemeinen Verhältnisse Europas wie für die besondern Beziehungen Preußens zu Frankreich eine neue Epoche einleiteten.

Hierüber wird der zweite Band des hier besprochenen Werkes neue Aufklärungen bringen. Inzwischen sei dasselbe als ein auch für andre als die hier hervorgehobenen Ereignisse und Verhältnisse vielfach lehrreiches Werk Freunden der Geschichte bestens empfohlen.



Das Schnorr'sche Kriegsspiel am sächsischen Hofe.



er handschriftlich im Besitz der Familie aufbewahrten Selbstbiographie des bekannten Direktors der Leipziger Akademie der bildenden Künste, Veit Hans Schnorr von Carolsfeld, in die uns kürzlich ein Einblick gestattet wurde, entnehmen wir die nachfolgende kleine Episode, die außer dem lokalen Interesse in mehrfacher Hinsicht einen gewissen historischen Wert beanspruchen darf.

Als im Frühjahr 1809 jener denkwürdige Krieg zwischen Napoleon und Österreich entbrannte, der, hochherzig unternommen, trotz blutigen Einsatzes auf